

1956/57 gehen mit einer gewissen Tendenz einher, auch den schleichenden Utopieverlust des Spätsozialismus auf diese Zäsur zurückzudatieren.

Damit kommen aber die authentisch sozialistischen und kommunistischen Überzeugungen vieler Akteure der „Zwischen-Oktober-Revolution“ eindeutig zu kurz. Eine bezeichnende Ausnahme stellt hier das Kapitel über die Jugendrevolte dar, in dem neben konsumtionistischen Haltungen auch die dezidiert politische Generationenerfahrung des polnischen Oktober zur Sprache kommt (Kap. 6). Wenn aber die im Buchtitel in Anspruch genommene „Revolution“ mehr sein soll als eine (nicht mehr ganz taufrische) Metapher, müsste ihr ideeller Gehalt doch etwas genauer bestimmt werden. Denn die Vernachlässigung der anhaltenden (und durch ihre sukzessive Nationalisierung sogar steigenden) ideologischen Attraktivität der kommunistischen Sinnwelt verstellt auch den Blick auf die ideelle Dynamik späterer politischer Großkonflikte, so etwa die „revisionistischen“ Bestrebungen der polnischen 68er-Generation und den authentischen Arbeiterkult der *Solidarność* in den 1980er Jahren.

Berlin

Florian Peters

Communism's Jewish Question. *Jewish Issues in Communist Archives.* Hrsg. von András Kovács. (Europäisch-jüdische Studien Editionen / European Jewish Studies Editions, Bd. 3.) De Gruyter Oldenbourg. Berlin – Boston 2017. 371 S. ISBN 978-3-11-041152-2. (€ 119,95.)

Der an der Central European University tätige Soziologe András Kovács, u. a. ausgewiesen durch seine Arbeiten zu Antisemitismus im postkommunistischen Ungarn wie auch zur Frage jüdischer Identitäten in Ungarn, legt mit diesem Werk einen aufschlussreichen Quellenband zur Frage „jüdischer Angelegenheiten“ in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Staaten vor.

Der Band versammelt in englischer Übersetzung ausgewählte, als „streng geheim“ klassifizierte Dokumente, die zwischen 1957 und 1989, also in der poststalinistischen Zeit, entstanden sind und mehrheitlich aus ungarischen Archiven stammen. Sie zeigen, welche Rolle „jüdische Angelegenheiten“ in den kommunistischen (Innen- und Außen-)Politiken spielten (von der Auseinandersetzung mit einem jüdischen Staat bis hin zu Repressionsmechanismen in Bezug auf die eigene jüdische Bevölkerung).

Der Band ist klar gegliedert – nach einer allgemeinen Einführung finden sich Dokumente in fünf thematischen Blöcken („Communist Policies and the Jewish State“, „The Eichmann Affair“, „The Six-Day War and its Aftermath“, „The International Organisations, the Jewish Community and the State“, „Mechanisms of Repression and the Jews“), die wiederum jeweils mit einer kurzen Einleitung versehen sind. Eine umfassende Bibliografie ist insbesondere auch in Hinblick auf die benutzten Archive von großem Wert für Forscher/innen. Ausgesprochen benutzungsfreundlich sind ferner das Abkürzungsverzeichnis, das Personenregister sowie auch die Kurzbiografien zu in den Texten erwähnten Personen.

In eindringlicher Weise zeigen die ausgewählten Dokumente die Kontinuität des Antisemitismus nach der Shoah auf. Gleichwohl der Kommunismus offiziell den Antisemitismus verurteilte, blieben gesellschaftliche Vorurteile nicht nur bestehen, sondern wurden sogar geschürt, hatten doch die Kommunistischen Parteien (KP) in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei das „jüdische Problem“ ständig auf ihrer politischen Agenda und (re)konstruierten damit konstant ihre eigene „jüdische Frage“. Dadurch war das Thema nie gänzlich verschwunden. Wie K. betont, gewähren die edierten Dokumente nicht nur Einblicke in das institutionelle System, sondern auch in die Sprache der KP-Repräsentanten in Bezug auf die jüdische Bevölkerung bzw. jüdischen Gemeinden. Er verweist darauf, dass die Sprache, mit der die „jüdischen Angelegenheiten“ diskutiert wurden, in der kommunistischen Zeit beinahe unverändert blieb und so 1990 ein quasi bruchloses „Wiederkehren“ des Antisemitismus ermöglichte.

Eindrucksvoll veranschaulichen die Dokumente die bislang in der Forschung relativ wenig berücksichtigte Bedeutung, die der „jüdischen Frage“ in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Ländern tatsächlich eingeräumt wurde. Ebenso unmissverständlich verdeutlichen sie die Verflechtung der internationalen und nationalen Politiken und den Einfluss der internationalen Politik auf die jeweilige nationale Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung, beispielsweise im Bereich der Emigration nach Israel. Nicht zuletzt wird auch ersichtlich, dass neben den ideologischen ebenso handfeste ökonomische Interessen eine Rolle spielten (z. B. der Zugang zu westlichen Währungsressourcen, die Ausweitung der Handelsbeziehungen zu Israel). Dies barg durchaus auch ein gewisses Konfliktpotenzial. So brachte der Eichmann-Prozess ein Dilemma mit sich: Israel hatte offiziell um Zusammenarbeit gebeten, stammte doch eine große Zahl der Shoah-Opfer aus nun kommunistischen Staaten. Den sowjetischen Vorgaben folgend, sollte der Prozess von diesen jedoch ideologisch für eine Propagandakampagne gegen „westdeutschen Neo-Nazismus“, Zionismus und den Vatikan genutzt werden.

Diesem Dilemma begegneten die verschiedenen Staaten mit unterschiedlichen Strategien. Grundsätzlich versuchte man, eine Kontinuität zwischen zionistischen Rettungsaktionen im Zweiten Weltkrieg, gegenwärtigem Zionismus und deutschem „Neofaschismus“ aufzuzeigen, indem man die Zionisten der Kollaboration mit den NS-Tätern bezichtigte. Als plakatives Beispiel diente dabei der Fall von Rudolf Kasztner, welcher in der NS-Zeit durch die Bestechung von Nationalsozialisten Juden und Jüdinnen vor der Vernichtung zu retten versuchte. Ganz allgemein zeugen sämtliche Dokumente in dem Band sowohl von den zwischen den Ländern erfolgten gegenseitigen Konsultationen im Bereich der „Judenpolitik“ als auch von sorgfältigen Abwägungen möglicher sowjetischer Reaktionen im Vorfeld der jeweiligen Überlegungen. Im Bereich der nationalen Politik kommt zum Ausdruck, dass sich entgegen offizieller Darstellungen der ungarische Staat sehr stark in religiöse Angelegenheiten einmischte und Juden und Jüdinnen zusätzlich zu dem Druck, der sowieso auf alle religiösen Institutionen ausgeübt wurde, unter weiteren Repressionen litten.

Ihrem bürokratischen Charakter entsprechend sind die von Andrew Gane exzellent ins Englische übersetzten Dokumente bisweilen recht sperrig zu lesen, doch gerade dadurch gewinnt man aufschlussreiche Einblicke in die Sprache und den Stil der KP wie auch der Zeit überhaupt. Bedauerlich ist die zeitliche Beschränkung des Bandes auf die Jahre zwischen 1957 und 1989, auch wenn sie vom Autor damit begründet wird, dass erst diese Zeit große Veränderungen in der „Judenpolitik“ mit sich gebracht habe, letztlich erst dann die Konsolidierung des kommunistischen Regimes erfolgt sei und die poststalinistische Zeit wesentlich länger als die stalinistische Phase gedauert habe. Es werden möglicherweise auch arbeitspraktische Gründe eine Rolle gespielt haben: Angesichts der nur im Ansatz zu erahnenden gewaltigen Arbeitsleistung, die hinter der Erstellung dieses Bandes steckt, ist eine derartige zeitliche Eingrenzung durchaus verständlich und legitim. Ein ähnlich präziser Quellenband für den stalinistischen Zeitraum wäre jedenfalls wünschenswert. Bedauerlich ist auch, dass dieser wichtige Quellenband durch seinen recht hohen Preis von Forscher/innen wohl eher nur in öffentlichen Bibliotheken benutzt werden kann und nicht so leicht Eingang in private Bibliotheken finden wird.

Einleitend legt K. dar, dass es nicht das Ziel des Buches sei, eine systematische Analyse der „Judenpolitik“ der kommunistischen Länder zu bieten, wohl aber, die in den früheren Geheimdienstarchiven verwahrten Dokumente zugänglich zu machen, welche die wesentlichen Charakteristika der „Judenpolitik“ erkennen lassen (S. 15). Das ist dem Autor und seinem Team mit diesem Band auf eindrucksvolle Weise gelungen.

Graz – Budapest

Ursula K. Mindler-Steiner